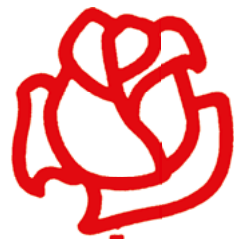


Monatsspiegel



Juni 2015



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Wem nützt TTIP?

Die Diskussion um die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP bewegt die Gesellschaft und unsere Partei. In Erlangen konnten wir jüngst bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Erlanger Völkerrechtler Markus Krajewski und dem Vorstandsvorsitzenden der Erlanger Stadtwerke, Wolfgang Geus, über hundert Gäste begrüßen – ein großer Teil darunter Nichtmitglieder.

Die breite zivilgesellschaftliche Kritik zeigt durchaus Wirkung: Auch wenn die Transparenz der Verhandlungen nach wie vor unzureichend ist, so gibt es doch eine breite gesellschaftliche Debatte. Zu den umstrittenen privaten Schiedsgerichten wurden jüngst von Sigmar Gabriel Vorschläge unterbreitet, die zumindest den privaten Charakter der Gerichte abmildern sollen. Bereits im vergangenen Herbst hat der Parteikonvent der SPD „rote Linien“ für die Verhandlungen beschlossen und die Bedingung gestellt, dass ein Konvent oder Parteitag über die Position der SPD zu den Abkommen letztgültig entscheiden soll.

Fest steht: TTIP ist definitiv nicht das geeignete Verfahren, um Ziele wie hohe

Standards bei Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltschutz, der Daseinsvorsorge sowie hohe demokratische und rechtsstaatliche Standards zu befördern.

Deshalb ist gesellschaftlicher Gegen- druck von großer Bedeutung. Und: Der SPD kommt für die Diskussion eine zentrale Rolle zu, die sie bisher nicht nutzt. Die SPD-Spitze sucht nach wie vor nicht die Debatte, wie eine gerechte Welt- handelspolitik aussehen kann. Form und Ziele der laufenden Verhandlungen werden zu wenig in Frage gestellt. Gabriels Vorstoß zu einem internationalen Handelsgericht macht das deutlich, wird doch gar nicht mehr gefragt, ob Klage- möglichkeiten für Konzerne außerhalb der nationalen Rechtsordnungen sinn- voll sind. Das bereits vorliegende CETA- Abkommen wird in der Diskussion nach wie vor zu stark vernachlässigt. Gerade hier wären bereits jetzt die roten Linien, die die Partei aufgestellt hat, kritisch anzulegen.

Zudem wird das Dilemma, in dem die SPD steckt, nicht hinreichend themati- siert. Denn nicht nur mächtige Indust-

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



rieverbände im Exportland Deutschland sind an den geplanten Abkommen interessiert, auch Teile der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften debattieren zwiespältig. Es wäre also zu einfach, das Dilemma der SPD auf die Doppelrolle Sigmar Gabriels als Handelsminister und Parteivorsitzender zu reduzieren. Vielmehr wird deutlich, dass die SPD schon zu lange nicht mehr tiefgreifend über die herrschende Wirtschaftsordnung diskutiert hat: Kann Deutschland tatsächlich seine aggressive Exportstrategie auf Dauer fortsetzen? Wie könnten Alternativen einer nachhaltig orientierten, sozialen, ökologischen und fairen Wirtschaftsordnung aussehen?

Schmerzlich bewusst wird dabei auch, dass in der SPD kaum mehr über Entwicklungspolitik diskutiert wird. So weisen namhafte Nichtregierungsorga-
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

08.06.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
09.06.	19:30	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 18
09.06.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 18
10.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 18
11.06.	19:30	Distrikt West: Veranstaltung zur „Jahresbilanz“	Bürgertreff Scheune (voraussichtlich)	S. 19
15.06.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
16.06.	19:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	Gasthaus Geyer	S. 18
17.06.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 18
17.06.	19:30	Distrikt West: Veranstaltung zur „Jahresbilanz“	Gasthaus Krapp „Drei Linden“	S. 19
17.06.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 7
18.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
22.06.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
23.06.	18:30	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 16
24.06.	20:00	Arbeitskreis Bildung	August-Bebel-Haus	S. 7
26.06.	16:00	Geburtstagsempfang für Wolfgang Vogel	Rathaus, 1. OG	S. 5
14.07.	19:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	Gasthaus „Zur Linde“	S. 18
14.07.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 18
16.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Dienstag 12:00 bis 17:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 10:00 bis 15:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Dienstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Fried-
 rich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp
 Dees (pd, presserechtlich Verant-
 wortlicher, Anschrift wie oben), Lars
 Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick
 Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Moni-
 ka Fath-Kelling (mfk), Martin Fersch-
 mann (mf), José Luis Ortega Lleras,
 Dieter Rosner

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

nisationen darauf hin, dass die Folgen z.B. für Landwirtschaft der Drittweltländer durch verschärfte Konkurrenz mit US-Produkten in einer großen transatlantischen Freihandelszone unklar sind. Zudem wird befürchtet, dass Strategien, Drittweltländern die Loslösung von Rohstoffexporten zu ermöglichen, untergraben werden. Nicht zu vergessen, dass die weltweit über 3.000 bestehenden bilateralen Abkommen bereits heute Entwicklungs- und Schwellenländer besonders unter Druck setzen.

Es ist deshalb notwendig, die kritische Debatte in der Partei und in der Gesellschaft fortzuführen. Die SPD darf sich in der Diskussion über die Abkommen nicht in einem juristischen Fachdiskurs verstricken, sondern muss im Dialog mit der Zivilgesellschaft eine neue wirtschaftspolitische Diskussion anstoßen.

Wir sind gut beraten, unser „Nein zu TTIP und CETA“ mit vielen Gleichgesinnten weiter offensiv zu vertreten und auf die Straße zu tragen.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 18. Juni 2015, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. TTIP: Vorstellung der Ergebnisse der Projektgruppe, Diskussion und Beschlussfassung über den Antrag (s. Seite 9)
3. Weitere Anträge (u.a. Antrag der AG 60plus, s. Seite 10)
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue



Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der
Geschäftsstelle Herzogenaurach, Haydnstraße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-onlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

 Sparkasse
Erlangen

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Ein nie müde werdender Kämpfer für die Verständigung zwischen den Völkern

Ruhi Teksifer feiert am 6. Juni seinen 80. Geburtstag

Im Jahr 1964 kam ein Zug in Erlangen an und ein Passagier stieg aus Versehen aus. Eigentlich wollte er nach Nürnberg fahren und eine Arbeit in der Fremde suchen. Aber er fand in unserer Stadt am Anfang eine Arbeitsstelle und einen Wohnort, später eine zweite Heimat.



Solche glückliche Zufälle gibt es selten. Heute kann Erlangen auf diesen, damals zufälligen Einwanderer und jetzt verdienstvollen Bürger Ruhi Teksifer sehr stolz sein.

Bereits kurz nach seiner Ankunft hat er sich für die Belange seiner Mitbürger engagiert. So wurde er 1966 Vertrauensmann der IG Metall bei Frieseke & Höpfner, nebenbei Mitgründer und ab 1969 Vorsitzender des Türkischen Kulturvereins. Jahrzehntelang, bis zu seiner Pensionierung, arbeitete er bei der Arbeiterwohlfahrt als Berater für türkische Arbeitnehmer in der Region. Hinzu kamen: Ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Nürnberg, Beisitzer für die Musterungsausschüsse beim Kreiswehrratsamt Nürnberg und im Schöffenwahlausschuss sowie Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt.

Als ob dies zu wenig wäre, wurde Ruhi Teksifer noch politisch aktiv. Im Jahr 1974 wirkte er bei der Gründung des Ausländerbeirates mit und wurde als eines der Gründungsmitglieder ins Gremium gewählt. Kurz darauf, im Jahr 1977, wurde er dort Vorsitzender, ein Amt, das er bis

zum Jahr 1990 ausübte. In der Zeit engagierte er sich für die Sorgen der sogenannten „Gastarbeiter“ und ihrer Familien. Die größten Schwierigkeiten waren mit der Versorgung der Grundbedürfnisse dieser Gruppe verbunden: Suche nach geeigneten Wohnräumen, Beschulung der Kinder, Möglichkeiten der kulturellen Entfaltung und Anerkennung als Mitbürger in der Stadt waren die wichtigsten politischen Forderungen. Sein Wirken hat das Gremium stark geprägt und bundesweite Anerkennung geerntet. Seine Einbürgerung war wiederum eine Besonderheit: Der türkischen Staat wollte Ruhi nicht verlieren und hat seinen Antrag auf Ausbürgerung abgelehnt. Nach langem Hin und Her wurde ihm die deutsche Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung des türkischen Passes gewährt. Somit wurde Ruhi Teksifer auch in dieser Hinsicht ein Pionier: Die von vielen von uns

■ Von José Luis Ortega Lleras
Stadtrat



erträumte doppelte Staatsbürgerschaft ist bei ihm eine Tatsache.

Mit der Einbürgerung kamen auch weitere politische Verpflichtungen. Im Jahr 1990 wurde er zum ersten Mal in dem Stadtrat gewählt. Damit war er der erste „Mensch mit Migrationshintergrund“ in diesem Gremium und ebnete den Weg für viele von uns. Seine Mitwirkung in der Politik blieb nicht unbemerkt. Bei seiner Wiederwahl im Jahr 1996 hat er einen enormen Sprung geschafft: vom Platz 16 auf der Liste wurde er auf Platz 6 vorgewählt.

Nach seinem freiwilligen Abschied aus dem Stadtrat im Jahr 2002 hör-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.06. Wolfgang von Rimscha
78 Jahre
- 03.06. Heinz Triftshäuser
85 Jahre
- 04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
77 Jahre
- 06.06. Ruhi Teksifer
80 Jahre
- 06.06. Gisela von Rimscha
79 Jahre
- 07.06. Karl Gnad
85 Jahre
- 07.06. Walter Träg
71 Jahre
- 09.06. Annette Fichtner
71 Jahre
- 09.06. Gerlinde Köhn
70 Jahre



- 11.06. Manfred Jelden
72 Jahre
- 12.06. Christa Schmitt
74 Jahre
- 22.06. Wolfgang Vogel
65 Jahre
- 30.06. Jolanda Klar
70 Jahre

te sein Engagement nicht auf. Sofort wurde Ruhi zum ehrenamtlichen Ausländerberater Erlangens ernannt und setzte sich auch für den Aufbau einer Partnerschaft zwischen Erlangen und einer türkischen Stadt intensiv ein. Er begleitete den ganzen Prozess und erreichte durch sein intensives Mitwirken die Unterschrift des Partnerschaftsvertrages zwischen Erlangen und Besiktas im Jahr 2003. Mit vielen Unterstützern gründete er dann den Verein ERBES für die Förderung der

Partnerschaft und wurde zusammen mit Michael Greißel zum Vorsitzenden gewählt. Sein Engagement für die Partnerschaft ermöglichte, dass in beiden Städten das Interesse für die jeweiligen Partner ständig wächst. Im Jahr 2010, kurz nach seinem 75. Geburtstag, wurde Ruhi zum Ehrenbürger von Besiktas gekürt.

Heute, mit 80 Jahre ist er immer noch für die Partnerschaft sowohl in Erlangen als auch in Besiktas sehr aktiv. Die eine Hälfte des Jahres verbringt er in

Erlangen, die andere in der Türkei.

Lieber Ruhi, Du warst und bleibst für vielen von uns ein Vorkämpfer, ein Vorbild, ein großer Bruder!

In Namen der Stadtratsfraktion und Deiner SPD gratulieren wir Dir herzlich zu Deinem 80. Geburtstag.

Blieb weiter so jung und aktiv für diese Deine Stadt Erlangen und für Deine SPD!

Freundschaft!

Kluger Stratege – zuverlässiger Mitstreiter – liebenswürdiger Genussmensch

Wolfgang Vogel zum 65. Geburtstag

Der „rote Vogel“ ist in Erlangen nicht nur in der SPD eine „Institution“ – durch sein unglaublich vielfältiges langjähriges politisches und ehrenamtliches Engagement, seine politische Klugheit, Hartnäckigkeit und Zuverlässigkeit, seine fränkisch-barocke humorvolle Liebenswürdigkeit und seine rhetorischen Talente, die bei den unterschiedlichsten Anlässen zum Tragen kommen – mal launig, mal bissig, orientierend und anregend. Wolfgang Vogel ist ein „Mensch als soziales und politisches Wesen“, der immer wieder neue Herausforderungen sucht, aber auch Sinn hat für die schönen Seiten des Lebens.

Geboren 1950 in Nürnberg – also ein echter Franke – kam Wolfgang 1956 nach Frauenaaurach, wo seine Eltern einen Lebensmittelladen eröffneten. Später ist er in die Erlanger Altstadt umgezogen und hat das heutige Erlanger Stadtgebiet seitdem nicht mehr verlassen. Das einzige, was er sich aus seiner Nürnberger Zeit bewahrt hat, ist die Leidenschaft für seinen Club. Ansonsten ist Wolfgang heute ein echter Erlanger und ein Fan unserer kleinen Großstadt.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema Bildung durch seine Biographie. Nach dem Abitur am Ohm-Gymnasium begann er 1969 ein Studium der Geographie und Wirtschaftswissenschaften für das Lehramt an Gymnasien an der Erlanger Universität.

Sein Interesse war und ist stark geprägt von der Stadtgeographie und der

regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sein Verständnis von Wissenschaft ist gesellschaftskritisch, marxistisch inspiriert, das heißt, es soll immer auch darum gehen, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse zu problematisieren und Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Veränderung zu thematisieren.

Konsequenterweise engagiert er sich als Student auch hochschulpolitisch,



aber nicht in Gruppierungen, die sich für einen angehenden Staatsdiener aus Sicht der so genannten Verfassungsschützer politisch ziemen. Das kostete ihn durch den Radikalerlass fast den beruflichen Einstieg.

Dank der Fürsprache von Vorgesetz-

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



ten mit gesundem Menschenverstand kann er nach Staatsexamen und Referendariat in Regensburg und Hof 1977 seinen Dienst am Gymnasium Oberasbach, dem späteren Dietrich-Bonhoefer-Gymnasium, beginnen. Dort übt er 20 Jahre lang seinen Wunsch- und Traumberuf „Lehrer“ aus und ist zudem als Oberstufenbetreuer dafür verantwortlich, Generationen von Kollegiaten zum Abitur zu begleiten. Bildung hat für ihn immer sehr viel mit Selbstbestimmung und Persönlichkeitsstärkung zu tun, mit Emanzipation und Selbstbewusstsein. Und deshalb entsprach das

SPD-Kreisverband, Stadtratsfraktion und Stadt Erlangen laden gemeinsam ein zum

**Geburtstagsempfang für
Wolfgang Vogel
am Freitag, 26. Juni,
16 Uhr, Rathaus, Foyer
im 1. Obergeschoss**

Wir freuen uns auf zahlreiche Gäste!

Lehren und Unterrichten der Freude und Begeisterung, jungen Menschen dabei zu helfen, mit Wissen und Kompetenz, mit sozialen Fähigkeiten und sachlicher Fundierung ihren eigenen Weg in dieser Gesellschaft zu finden.

Der rote Faden der Bildung wird ergänzt durch eine grundlegende Haltung, die Wolfgang Vogel ausmacht: Er ist Christ. Früh engagiert er sich in der katholischen Jugendarbeit und hat zahlreiche Predigten gehalten. Er lebt sein Verständnis von Christentum. Die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben, ihrem Geschlecht sind für ihn nicht nur Worte, sondern Maxime des täglichen politischen und persönlichen Handelns. Entsprechend engagiert sich schon der heranwachsende Vogel in der Anti-Apartheid-Bewegung. Der Einsatz für Frieden, Völkerverständigung und Integration sind seine Markenzeichen, ob als Aktiver im Türkisch-Deutschen Solidaritätsverein oder im Verein Erbes für die Erlanger Partnerstadt Besiktas, wo er den Dialog zwischen den Glaubensgemeinschaften in Besiktas und Erlangen zu seinem Steckenpferd gemacht hat.

Besonders hervorzuheben ist sein Einsatz für die islamischen Gemeinden und die Muslime in Erlangen. Nach dem 11. September 2001 hat er sich stets dafür stark gemacht, dass die blinde Angst vor dem sogenannten islamischen oder islamistischen Terrorismus nicht dazu führen darf, hinter jedem Muslim einen Terroristen und in jeder Moschee ein potentiell Terrorcamp zu sehen. Dabei hat er auch den Konflikt mit dem Verfassungsschutz und dem bayerischen Innenministerium nie gescheut. Den demokratischen Rechtsstaat dadurch zu verteidigen, dass man ihn aushöhlt, ist der falsche Weg. Und so ist es auch keine Überraschung, sondern eigentlich nur konsequent, dass er den Staffelnstab im christlich-islamischen Dialog von Dietmar Hahlweg übernommen hat.

Auch sein neues Projekt, für das er sehr viel Kraft und Energie aufwendet, dreht sich wieder um Frieden und Völkerverständigung. Er ist einer der treibenden Kräfte im Verein Hajastan-Armenienhilfe. Dabei geht es zum einen darum, über Armenien – das Land, die Bevölkerung, seine Geschichte sowie über aktuelle Probleme dieser jungen Republik – zu informieren. Zum anderen leistet der Verein humanitäre Hilfe, schwerpunktmäßig in Nordarmenien,

der ärmsten Region des Landes.

Wolfgang ist ein durch und durch Roter Vogel. Seit über 45 Jahre in der SPD, war er in verschiedenen Funktionen für seine Erlanger SPD tätig, als Jusos, als Basismitglied, im Stadtteil, als Vorstandsmitglied, als Bildungsbeauftragter, als kommunalpolitischer Referent, als stv. Kreisvorsitzender, als Parteivorsitzender von 1997 bis 2003, als Stadtrat seit 1996, als Oberbürgermeisterkandidat 2002, als Landtagsabgeordneter von 1998 bis 2008 und jetzt – aus seiner Sicht – wieder als Basis. In seiner vierten Wahlperiode im Stadtrat kümmert er sich als Mitglied im Kultur- und Freizeitausschuss um das weite Feld der Kultur und als Mitglied im Verwaltungsrat der GGfA um Fragen kommunaler Beschäftigungspolitik.

Ich hatte das Glück und das Vergnügen, ungefähr die Hälfte dieser Zeit eng mit ihm zusammen zu arbeiten, wofür ich sehr dankbar bin, weil ich viel gelernt habe und weil es Spaß gemacht hat. Das kann man von der politischen Entwicklung der SPD in dieser Zeit nicht immer behaupten.

Ich will die vortreffliche Formulierung von Udo B. Greiner aus den Erlanger Nachrichten zitieren, um zu beschreiben, was Wolfgang als Politiker auszeichnet.

„Offen und tolerant, pragmatisch und integrationsfähig. Sein Weltbild orientiert sich stark an sozialen und ökologischen Erfordernissen, sein Fleiß und die Fähigkeit zum Ausgleich, zum Dialog, vor allem auch die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit werden hoch angerechnet.“

Vielleicht liegen sein Erfolg und seine hohe Reputation zudem daran, dass er die Aufgaben, die auf ihn zukommen, als Herausforderung und Bereicherung erlebt.

Wolfgang steht dem Leben positiv gegenüber. Aus dieser Haltung heraus hat er sich nach dem Verlust des Landtagsmandates nicht aus der Politik zurück gezogen, sondern weiter kräftig im Stadtrat mitgemischt. Ihm war und ist es wichtig, die traditionellen Werte des demokratischen Sozialismus, von Solidarität und politischer Freundschaft zu leben.

Vor den Auseinandersetzungen darüber, auf welchen Feldern und mit welchen Argumenten diese Veränderungen zum Besseren ausgetragen werden, hat Wolfgang sich nie gescheut. Aufrecht

und geradlinig vertritt er seine Überzeugungen. Dies ist eine Herausforderung für den politischen Gegner und mitunter nicht nur für diesen unbequem. Er ist seinen politischen Überzeugungen treu geblieben und verkörpert damit Glaubwürdigkeit für die sozialdemokratische Idee. Bei alledem soll und muss Politik aber auch Spaß machen.

Womit wir beim Wahlkampf wären. Der Erfolg bei der OB- und Kommunalwahl im März 2014 war kein Zufall, sondern Ergebnis harter Arbeit auf der Basis strategischer Planung, in die Wolfgang von Anfang an und mit großem Enthusiasmus eingebunden war. Die vielen Veranstaltungen und Projekte wären ohne die professionelle und rastlose Arbeit von Wolfgang nicht möglich gewesen.

Zum Schluss noch einige Seiten, die Wolfgang Vogel neben seinem politischen Engagement kennzeichnen (... und manchmal ist auch Politik die Nebensache).

Da ist zum einen das Reisen, v.a. nach Frankreich, gepaart mit kulinarischen Freuden an gutem Essen und feinen Weinen. Da ist der Kabarett-Liebhaber, ausgewiesener Heinz-Erhard-Fan und Liebhaber deutscher Schlager und Rockmusik, der das ganz Repertoire der 70er und 80er rauf und runter singen kann. Schließlich hat er selbst schon als politischer Kabarettist brilliert und stellt sein Fähigkeiten ein ums andere Mal auch bei diversen Anlässen unter Beweis, z.B. als Büttenredner bei der Narrlangia oder als Gewinner der Speakers-Slam des E-Werk.

In diesem Sinne:

*„ungeduldig
im namen der zufriedenen
verzweifeln
geduldig im namen der ver-
zweifelten
an der verzweiflung zweifeln*

*ungeduldig geduldig
im namen der unbelehrbaren
lehren“*

(Hans-Magnus Enzensberger)

Lieber Wolfgang, im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen und der SPD-Stadtratsfraktion und persönlich herzlichen Glückwunsch zum 65. Geburtstag. Viel Glück, Gesundheit und Zufriedenheit. Wir sind froh und glücklich darüber, dass wir dich bei uns in der SPD haben.

Freundschaft!
Dieter

Auf dem Weg in die Freihandelsfalle?

Diskussionsveranstaltung zu TTIP, Ceta, TiSA & Co.

(mfk/sr) Der Saal der IG Metall in der Friedrichstraße war beinahe zu klein gewählt, um das engagierte und aufmerksame Publikum zum Thema „TTIP, TiSA und Co.“ aufzunehmen. Mit Prof. Dr. Markus Krajewski von der FAU, dem Vorstandsvorsitzenden der Erlanger Stadtwerke, Wolfgang Geus, und Wolfgang Niclas vom DGB Erlangen als Moderator war das Podium der Veranstaltung prominent besetzt.

Nach der kurzen Anmoderation begann Herr Geus sein Eingangsreferat: „Es geht etwas um, das man nicht kennt“, eröffnet er. Die ESTW als Dienstleister in der Daseinsvorsorge seien stark von langfristigem Denken und Wirtschaften abhängig. Ganz besonders die Wasserversorgung und damit die Qualität des Trinkwassers sei das Ergebnis jahrzehntelanger vorausschauender Investition.

Wie sich unter Quartalszahlendruck und Instant-Renditeerwartung die Dienstleistung Daseinsvorsorge verändert, könne derzeit schon in verschiedenen europäischen Ländern studiert werden. „Zur Nachahmung nicht empfohlen“, so das Fazit von Herrn Geus. Er bezweifelt auch die Redlichkeit unserer politischen Vertretung, laut deren öffentlich geäußerten Beschwichtigungen es „keine Absenkung bestehender Standards“ geben werde, trotz rabiater Umgestaltung der Handlungsmöglichkeiten.

Herr Krajewski erläutert in Kürze – soweit die Komplexität des Themas „kurz“ zulässt – einige wichtige Begrifflichkeiten rund um die Abkommen. Mit nachgerade chirurgischer Präzision präparierte er vor dem gebannt zuhörenden

Publikum die wesentlichen Punkte und Widersprüchlichkeiten dieser Verträge heraus. Und das für den juristischen Laien absolut verständlich! Chapeau!

Auch die rege einsetzende Diskussions- bzw. Fragerunde brachte Licht ins Dunkel – jedoch eher gefühlt mit der Taschenlampe in der dunklen Höhle als hell ausgeleuchtet. Zuviele Punkte sind in ihren Folgen für Demokratie, Gesellschaft und Parlamentarismus noch komplett unerforscht und nicht überschaubar: Beispielsweise die Folgen, die von der Quasi-Gleichstellung von Staaten und Konzernen über eine wie auch immer geartete Sondergerichtsbarkeit ausgehen.

Zwei Stunden waren für die Veranstaltung vorgesehen, zwei Stunden zwanzig Minuten sind es geworden, keine Minute wurde vergeudet und doch: Es gäbe noch viel zu besprechen!

Herr Geus hat es in seinem Schlussstatement auf den Punkt gebracht: Mit diesen Abkommen, seinem Umfang und Geltungsbereich, steht eben nicht nur ein „Handelsabkommen“ zur Abstimmung, sondern unsere demokratischen Grundwerte stehen zur Diskussion und Disposition: „Lasst es sein!“

Arbeitskreis Frieden und Internationalismus

Liebe Genossinnen und Genossen,
Der Arbeitskreis Frieden und Internationalismus trifft sich wieder am

**Mittwoch, 17. Juni, 20 Uhr,
August-Bebel-Haus**

Wir werden dieses Mal an unserem allgemeinen Positionspapier zum Thema Frieden und Abrüstung, Kooperation und Entwicklung weiterarbeiten und uns dabei vorrangig dem Abschluss des Forderungsteils widmen. Der bisherige Textentwurf für das Positionspapier kann unter <https://etherpad.mozilla.org/BinuWjAADO> nachgelesen werden.

Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen, bei der nächsten AK-Sitzung vorbeizuschauen und mitzudiskutieren!

Solidarische Grüße
Katrin Hurler

Arbeitskreis Bildung

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach längerer Pause lade ich Euch herzlich ein zum Arbeitskreis Bildung am

**Mittwoch, 24. Juni,
20 Uhr, August-Bebel-
Haus, Sitzungsraum**

Wir wollen uns mit dem Thema **Ganztagsbildung** beschäftigen.

Neben den Konzepten von offener und gebundener Ganztagschule gibt es in Erlangen mit Lernstuben, Horten und der Mittagsbetreuung auch viele außerschulische Partner, die sich um die Betreuung unserer Kinder verdient machen. Auch kulturelle Einrichtungen und Vereine können bei einem ganzheitlichen Bildungsangebot mit ins Boot geholt werden. Wir wollen zusammen mit der Stadtratsfraktion auf der Grundlage unseres Programms ein Konzept zur Verwirklichung einer Stadtteilschule mit echter Chancengerechtigkeit für alle entwickeln. Dazu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Herzliche Grüße
Sandra Radue

Seminar bereitere Veranstaltung vor

Vorbereitet worden war die Diskussion auf einem Seminar im April. Ausgehend von Eingangsreferaten wurden Fragen, Thesen und Forderungen entwickelt. Dass die Forderungen unterschiedlich weitgehend und auch widersprüchlich sind, spiegelt die unterschiedlichen Perspektiven der Seminarteilnehmenden wider und kann die Diskussion bereichern. Als Forderungen entstanden:

- EU-Parlament und nationale Parlamente müssen zustimmen
- Entscheidungen durch Staatsschiedsgerichte oder einen Handelsgerichtshof statt durch private Schiedsgerichte
- Keine Schiedsgerichte
- größtmögliche Transparenz unter Einbeziehung der Öffentlichkeit
- Daseinsvorsorge muss besonders geschützt werden (evtl. auch Bildung, Gesundheit, Kultur?)
- Freihandel darf nicht auf Kosten der Entwicklungsländer gehen
- Der „Regulationsrat“ darf keine demokratischen Gremien und Prozesse aushebeln

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2015
20. Juni 2015

„Wir müssen viel mehr bei der Prävention tun“

Diskussionsveranstaltung von Martina Stamm-Fibich zum Thema Drogenpolitik

(mf) Ein hochaktuelles und brisantes Thema griff Martina Stamm-Fibich bei der Veranstaltung „Crystal – Meth & Legal Highs – die Gefahren des grenzenlosen Rauschs“ auf. In einer Expertenrunde mit fachkundigem Publikum wurde im E-Werk Erlangen lebhaft über die Risiken, Folgen und notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen Drogen diskutiert.

Seit Jahren ist die Drogenszene im



Intensive Diskussion (v.l.): MdB Martina Stamm-Fibich, Oberärztin Ute Hamers (Leiterin Suchtbereich Klinik am Europakanal), Günter Hofer (Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter Rauschgiftkriminalität Kriminalpolizei Erlangen), Sandro Rösler (mudra-Drogenhilfe) und MdB Burkhard Blienert.

Wandel. Lag im Jahr 1992 der Anteil von Heroin noch bei 70 Prozent, ist der Marktanteil der Opiate bis ins Jahr 2013 auf 13 Prozent gesunken. Stattdessen sind die Amphetamine auf einen Marktanteil von zwei Drittel geklettert (Quelle: BKA-Rauschgiftlagebericht). Norbert Wittmann, Sozialpädagoge bei der „mudra Drogenhilfe“ in Nürnberg, führt diese Verschiebung auch auf den „Zeitgeist der Gesellschaft“ zurück. Früher ging es um Betäuben und Schmerzen lindern, heute geht es um den „Kick“. Leistungssteigerung, Konzentration, Durchhaltevermögen oder ein gesteigertes Selbstbewusstsein sind die Schlagworte, die immer mehr Menschen zu Substanzen wie Crystal Meth oder zu sogenannten Neuen Psychoaktiven Substanzen (NPS) wie Kräutermischungen treiben.

Die „mudra“ hat speziell für Jugendliche das Projekt enterprise 3.0 eingerichtet. Hier werden Heranwachsende zwischen 13 und 23 Jahren betreut. Verzeichnet wird eine massive Zunahme des Missbrauchs von Kräutermischungen. Die Zielgruppe der Jugendlichen wird immer jünger. 325 Klienten ver-

zeichnete enterprise 3.0 im Jahr 2013 – Tendenz steigend. Die jüngsten Konsumenten sind 13 Jahre alt.

In Erlangen macht der Polizei vor allem die Beschaffungskriminalität Sorgen. Sobald die Jugendlichen den steigenden Bedarf nicht mehr aus eigener Tasche bezahlen können, beginnen sie mit Diebstählen. Zudem lassen sich Kräutermischungen spielerisch mit ein paar Mausclicks im Internet bestel-

len. Über die Gefahren der synthetisch hergestellten Cannabinoide, die auf Kräutermischungen aufgetragen werden, wissen die Konsumenten oft nichts. „Das EUGH hat mit seinem Urteil dafür gesorgt, dass die Stoffe der Kräutermischungen nicht unter das Arzneimittelgesetz fallen. So lange auf EU-Ebene keine einheitlichen Standards für bestimmte

Stoffgruppen bestehen, werden wir das Problem nicht unterbinden können. Wir laufen immer hinterher“, mahnte Kriminalhauptkommissar Günter Hofer, Leiter des Kommissariats für Rauschgiftkriminalität in Erlangen, an.

Als Folge des Urteils vom Juli 2014 des Europäischen Gerichtshofs, der Kräutermischungen als „legal“ einstufte, suchen viele Cannabis-Konsumenten den Weg aus der Illegalität und greifen zu den Kräutermischungen. „Die THC-Konsumenten steigen um, weil die Gefahr besteht, erwischt zu werden. Da geht es um den Führerschein, den Job, die Ausbildung. Mit Kräutermischungen sind sie aus der strafrechtlichen Zone draußen“, weiß Sandro Rösler, Sozialpädagoge im Projekt enterprise 3.0 der „mudra“.

Hochbetrieb herrscht auch im Klinikum am Europakanal. „Die Drogenkonsumenten werden immer jünger“,

berichtete Oberärztin Ute Hamers, Leiterin im Bereich Suchtmedizin. „Die Folgen sind verheerend. Die jungen Menschen bleiben in ihrer Entwicklung stehen. Zwanzigjährige fallen auf das Entwicklungsniveau eine Dreizehnjährigen zurück. Die Patienten sind oft äußerst aggressiv, leiden unter Psychosen, haben Wahnvorstellungen und hören Stimmen“, erklärte Hamers. Sie übergab Martina Stamm-Fibich eine Namensliste von Jugendlichen, die nicht in der Klinik behandelt werden können, da sie altersbedingt in die Jugendpsychiatrie eingewiesen werden müssten. Dort stehen in Bayern aber zu wenige Therapieplätze für Minderjährige zur Verfügung.

„Die Diskussion hat gezeigt, dass wir viel mehr im Bereich der Prävention tun müssen, vor allem an den Schulen. Dafür benötigen wir mehr finanzielle Mittel und Personal. Die Zustände in den therapeutischen Einrichtungen sind für mich so nicht akzeptabel“, sagt Martina Stamm-Fibich.

Der Bundestagsabgeordnete Burkhard Blienert, Berichterstatter für Drogen und Sucht im Gesundheitsausschuss, berichtete über die Bemühungen der SPD-Bundestagsfraktion im Kampf gegen Drogen. So wird eine länderübergreifende Lösung, insbesondere mit Tschechien, einer Hochburg der Produktion von Crystal Meth und „Legal



Besuch bei der mudra-Drogenhilfe in Nürnberg (v.l.): Sozialpädagoge Norbert Wittmann, die MdBs Martina Stamm-Fibich und Burkhard Blienert

Highs“, angestrebt. Die Schulsozialarbeit soll gestärkt werden und auch die Forschung im Bereich der Konsumenten von synthetischen Drogen soll erweitert werden, um zielgruppenspezifische Prävention zu ermöglichen.

Antrag zu TTIP/CETA

Die Projektgruppe TTIP/CETA hat intensiv und kontrovers über verschiedene Aspekte des Freihandelsabkommens diskutiert. Da es uns wichtig ist, die Thematik auch in der Gesamtpartei intensiv zu diskutieren, stellen wir zwei Antragsvarianten zur Diskussion. Im Antragstext finden sich zudem in Kursivschrift weitere Passagen, die in der Arbeitsgruppe umstritten waren und die wir zur kontroversen Abstimmung stellen.

Antragsvariante 1 (Teil 1)

Nein zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA!

Der SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt bekräftigt seinen Beschluss, die Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) abzulehnen. Zudem lehnen wir das Trade in Services Agreement (TiSA) ab.

Wir fordern daher die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments und insbesondere unsere Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich sowie unsere Europaabgeordnete Kerstin Westphal auf, gegen diese Abkommen zu stimmen.

Wir begrüßen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und rufen zur Unterschrift für diese auf. Die Ablehnung der Initiative durch die Europäische Kommission halten wir für falsch, undemokratisch und inakzeptabel.

Antragstext Variante 1, 2 (Teil 2)

Generell verlangt der SPD-Kreisverband Erlangen von Handelsabkommen als essentielle Bedingungen:

- Der Abbau von Handelshemmnissen darf nicht zu Lasten von Sozial-, Gesundheits-, Verbraucher-, Datenschutz-, Umwelt- und Lebensmittelstandards erfolgen. Das europäische Vorsorgeprinzip als grundsätzliches Prinzip im Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz muss uneingeschränkt erhalten bleiben.
- *Auf einen „Rat für regulatorische Zusammenarbeit“ muss verzichtet werden.* Jedes Gesetz und jede Regulierung muss durch demokratisch kontrollierte Gremien und Verfahren erfolgen und keinesfalls durch nicht gewählte Bürokraten und Konzernvertreter.
- *Auf spezielle Investorenschutzregelungen und Schiedsgerichte muss gänzlich verzichtet werden.* Der Investorenschutz darf nicht über das hinausgehen, was sich bereits aus dem Grundgesetz ergibt. Es soll auch für Investoren aus Drittstaaten ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler und EU-Gerichte gelten. Daher ist auch der Vorschlag eines internationalen Handelsgerichtshofes, zu dem nur ausländische Unternehmen Zugang haben, nicht aber inländische oder die Staaten selbst, abzulehnen.
- Die Abkommen dürfen weder wei-

tere Deregulierungen des Finanzsektors enthalten noch notwendige Schritte zur Finanzmarktregulierung behindern.

- Für jeden Punkt der Abkommen muss nachvollziehbar aufgezeigt werden können, dass er im Einklang mit den UN-Millenniums-Entwicklungszielen steht und damit die Chancen von Drittländern für eine faire Partizipation am Welthandel respektiert und verbessert. Umwelt- und Sozialdumping zu Lasten von Drittländern muss vorgebeugt werden.
- Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen muss in den Abkommen verbindlich festgelegt werden.
- Die kommunale Organisationsfreiheit darf von den Marktzugangsverpflichtungen in allen Freihandelsabkommen nicht eingeschränkt werden. *Insbesondere die im CETA-Abkommen vorgesehenen Negativlisten sind abzulehnen. Nur Dienstleistungen, die dafür ausdrücklich vorgesehen sind, dürfen liberalisiert werden (Positivlistenansatz).*
- Es muss sichergestellt werden, dass Rekommunalisierungen jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben. Der öffentliche Dienstleistungssektor und die demokratisch legitimierte kommunale Selbstverwaltung dürfen keinesfalls zugunsten partieller wirtschaftlicher Interessen und damit zu Lasten der Daseinsvorsorge

Antragsvariante 2 (Teil 1)

Nein zu den Freihandelsabkommen in dieser Form

Der SPD-Kreisverband Erlangen fordert die Abgeordneten der Landtage, des Bundestags und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weiteren Abkommens abzulehnen, das in unten stehenden Maßgaben nicht erfüllt. *Die Verhandlungen zu den Abkommen TTIP und TiSA sind zu unterbrechen, solange die folgenden essentiellen Bedingungen nicht erfüllt werden:*

in Deutschland beeinträchtigt werden. Sogenannte Standstill- und Ratchetklauseln (Sperrklinke) sind strikt abzulehnen.

Begründung

Seit 2013 verhandelt die EU-Kommission mit den USA über ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Ein weiteres Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada – Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) – wurde zwischen 2009 und 2014 verhandelt und muss durch das EU-Parlament und den Europäischen Rat sowie durch die EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Außerdem wird derzeit ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TiSA) verhandelt. Hierunter fallen zahlreiche Vereinbarungen zwischen 23 Parteien, inkl. den USA und der Europäischen Union, die das Ziel haben, Handelshemmnisse im Dienstleistungssektor zu beseitigen.

Die Verhandlungen werden nach wie vor ohne die notwendige Transparenz über Inhalte und Verhandlungsmandate gegenüber den Parlamenten und der demokratischen Öffentlichkeit geführt. Die Geheimhaltung der Verhandlungsdokumente widerspricht demokratischen Prinzipien.

Bei den vertragschließenden Parteien handelt es sich um Rechtsstaaten,

die der geplanten Schiedsgerichte, einer „Sondergerichtsbarkeit“, nicht bedürfen. Der neue Vorschlag eines internationalen Handelsgerichtshofes wäre zwar im Gegensatz zu Schiedsgerichten mit unserem Rechtsstaatsverständnis vereinbar, dennoch würde er eine Ungleichbehandlung von inländischen und ausländischen Unternehmen schaffen. Inländische Unternehmen könnten nicht vor diesem Gerichtshof klagen. Ebenso können nach diesem Vorschlag unterschiedliche Auffassungen zwischen den unterzeichnenden Staaten nicht geklärt werden, da die Staaten kein Klagerecht haben.

Die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen bergen erhebliche Risiken. So sind die Folgen z.B. für Landwirtschaft der Drittweltländer durch verschärfte Konkurrenz mit US-Produkten unklar. Strategien, die Drittweltländern die Loslösung von Rohstoffexporten ermöglichen, drohen untergraben zu werden. Teile der Presse und Öffentlichkeit befürchten, dass CETA, TTIP und TISA die demokratische Handlungsautonomie von Kommunen deutlich einschränken und weitreichende negative Folgen für die Unabhängigkeit der Justiz und für europäische Standards im Sozialbereich und bei Gesundheits-, Verbraucher-, Datenschutz-, Umwelt- und Lebensmittelstandards haben wird. Die TTIP-Investitionsschutzregelungen könnten dazu führen, dass die Entscheidungsfreiheit der Kommunen eingeschränkt wird, weil sie Schadensersatzansprüche von Investoren befürchten müssen.

Das ausverhandelte CETA-Abkommen greift mit Regelungen in die kommunale Daseinsvorsorge ein, u.a. mit einer Negativliste, die alle Bereiche listet, die von Marktzugangsbeschränkungen ausgenommen werden. Dies wäre von erheblichem Nachteil für die Kommunen, da auch die Daseinsvorsorge einem ständigen Wandel unterliegt. Sinnvoll wären lediglich Positivlisten, in denen die Bereiche aufgelistet sind, die liberalisiert werden dürfen. Kein Abkommen darf dazu führen, dass Kommunen zur Liberalisierung in der Daseinsvorsorge gezwungen oder Rekommunalisierungen verhindert werden. Überaus kritisch sind auch die Standstill- und Ratchetklauseln (Sperrklausel) zu bewerten. Die Standstill-Klausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf. Die „Sperrklauselklausel“ regelt, dass einmal erreichte Liberalisierungen nicht mehr unterschritten werden dürfen.

Faires Verfahren bei der Festlegung der Pflegestufe Antrag der AG 60plus

Die KMV möge beschließen, dass die Forderungen der AG 60plus, ein faires Verfahren bei der Festlegung der Pflegestufe einzuführen, vom SPD-Kreisverband unterstützt wird:

Die Festlegung der Pflegestufe des Patienten soll zukünftig in einem fairen Verfahren nicht mehr allein durch einen weisungsgebundenen Vertreter des Medizinischen Dienstes erfolgen, sondern zusätzlich durch einen neutralen Gutachter aus dem Pflegebereich.

Begründung:

Heutige Situation: Wenn der Pflegefall eintritt, besucht ein Gutachter des „Me-

dizinischen Dienstes“ der Krankenkassen den Patienten und befragt ihn nach seiner Leistungsfähigkeit. Dieses Verfahren ist unfair, da der Gutachter weisungsgebunden ist und vom Kostenträger bezahlt wird. Man munkelt sogar, es gäbe Quoten für die Pflegestufen mit der Tendenz zu niedrigeren Pflegestufen.

Die Befragung des Patienten nach seinem individuellen Leistungsvermögen ergibt regelmäßig eine Überschätzung des Patienten. Bsp.: Er wird nur ungerne zugeben, beim Zähneputzen Hilfe zu brauchen. So ergibt sich auch aus dieser Methodik eine niedrigere Pflegestufe als erforderlich.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.



RATHAUS TELEGRAMM

Auf unserer Homepage:

FORDERUNGEN SIND BERECHTIGT!

SPD-Stadtratsfraktion unterstützt Anliegen der Streikenden

Seite 2

BÜRGERENTSCHEID STUB

Wird der Landkreis abgehängt?

MEHR WOHNUNGEN UND BESSERE QUALITÄT

HOUSING AREA WIRD IM DIALOG WEITERENTWICKELT

Die Schaffung neuer Wohnungen in Erlangen ist eine dringende Aufgabe der Stadt, da der Zuzug und veränderte Wohnbedürfnisse für einen Mangel sorgen, der stark ansteigende Mieten zur Folge hat. Immer mehr Menschen in Erlangen haben große Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Aber die Neubauf Flächen in Erlangen sind begrenzt, deshalb muss auch geprüft werden, wie in schon bebauten Gebieten zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Erstes konkretes Vorhaben für diese „Nachverdichtung“ ist die Housing Area am östlichen Ende der Schenkstraße, für die die Gewobau in einem Architektenwettbewerb Konzepte entwickeln ließ. Ziel war auch, eine Verbesserung der Wohnqualität für diejenigen zu erreichen, die hier bereits leben. Deshalb wurde im Vorfeld von der Gewobau eine Mieterbefragung durchgeführt, die den Architekten als Aufgabenstellung mitgegeben wurde.

Im Wettbewerb sind viele kreative Entwürfe entstanden, wie mehrere hundert neue Wohnungen geschaffen werden können. Es ist den Architekten aber auch gelungen, trotz zusätzlicher Gebäude etwa durch eine andere Anordnung der Parkplätze weitere Grünflächen und Platz für



Spielplätze und Freizeitgestaltung zu schaffen. Einige Entwürfe enthalten die Idee, Umbauten und Aufstockung der bestehenden Gebäude so durchzuführen, dass auch bereits bestehende Wohnungen zukünftig mit Aufzügen erschlossen werden; auch der Anbau von Balkonen und die Einrichtungen von Mietergärten wird vorgeschlagen.

Der Wettbewerb hat sich nicht auf einen Entwurf festgelegt, sondern die drei Besten „im Rennen gelassen“. Diese wurden in einem Workshop vor Ort präsentiert, bei dem die Favoriten ausgewählt und Veränderungen von BewohnerInnen der Housing Area vorgeschlagen werden konnten. So soll gewährleistet werden, dass die Bedürfnisse der BewohnerInnen ausreichend berücksichtigt werden und diese trotz der Verdichtung weiter gerne in ihrem Viertel wohnen. ■

Hier finden Sie einen Bericht auf Frankenfernsehen zu unserem Antrag „Retungsinsel für Frauen am Berg“: www.frankenfernsehen.tv/mediathek/video/retungsinseln-auf-berg-kirchweih/

NEUE DOPPELTURNHALLE FÜR DAS MTG

EINE LÖSUNG MIT AUGENMASS

Mit Mehrheit von SPD, GL und FDP hat der Stadtrat beschlossen, auf dem Gelände des Marie-Therese-Gymnasiums eine neue Sporthalle zu errichten, die – verteilt auf zwei Geschosse – die doppelte Fläche gegenüber dem jetzigen Zustand für Unter-

richt und Bewegungsangebote bietet. Trotz erheblich gestiegener Kosten - um 1,6 Mio. auf 3,3 Mio. - war die „Ampel“ sich darin einig, dass der Bedarf an Sportflächen rasch gedeckt werden muss: Die neue [weiter auf Seite 2](#)

Halle wird ab Sommer 2016 gebaut und voraussichtlich schon ab Ende 2017 nutzbar sein!

SPD-Fraktionschefin Barbara Pfister begrüßte das Engagement der Schulfamilie, die sich für eine wesentlich teurere Halle aussprach: „Beteiligung und Austausch sind auch dann sehr wichtig, wenn es am Ende nicht zu einer einvernehmlichen Lösung kommt“. Pfister begründete, warum die von der Mehrheit ausgewählte Variante als einzige in Frage kommt. „Der Stadtrat muss neben den berechtigten Wünschen einer Schule auch alle anderen wichtigen Investitionen berücksichtigen. Da hier alle Vorgaben für eine Sporthalle und den Schulhof eingehalten werden,

müssen wir uns aus unserer Verantwortung für alle Schulen und die gesamte Stadt für die kostengünstigere Lösung entscheiden.“ Vor dem Hintergrund knapper städtischer Finanzen verwies sie auf den erheblichen Umfang des laufenden Schulsanierungsprogramms (insgesamt 96 Mio), zusätzlich ca. 35 Mio für das Berufsschulzentrum sowie auf wichtige Investitionen im kulturellen Bereich. SPD-Bildungssprecherin Sandra Radue ergänzte: „Auch für die anschließende Generalsanierung des MTG werden 9 Mio benötigt, nach deren Abschluss wird zudem die bisherige Turnhalle abgerissen und damit die Pausenhoffläche wieder vergrößert.“ ■

STUB: WIRD DER LANDKREIS ABGEHÄNGT?

PLANUNGEN WERDEN WEITERGEFÜHRT

Die Stadtumlandbahn wird wohl nur zwischen Erlangen, Nürnberg und Herzogenaurach fahren, das ist das bedauerliche Fazit aus dem Bürgerentscheid, bei dem sich die WählerInnen des Landkreises ERH mehrheitlich gegen den Beitritt zum Zweckverband für die Stadt-Umland-Bahn aussprachen. Dessen Aufgabe wäre es gewesen, erst einmal eine genaue Kosten- und Trassenplanung vorzunehmen. Der Ausstieg aus dem Projekt geschieht also nicht aufgrund von klaren Fakten sondern aufgrund angstschürender Vermutungen der eingefleischten StUB-Gegner vor zu hohen Kosten, die angeblich auf die Bewohner des Landkreises zukommen könnten.

Der Schritt ist sehr bedauerlich, vor allem für Herzogenaurach. Die finanzstärkste Kommune des Landkreises mit den bei ihr ansässigen Weltunternehmen braucht die schnelle Anbindung an den Großraum. Deshalb ist es umso verständlicher, dass Bürgermeister Hacker jetzt die sogenannte

„L-Lösung“ (Herzogenaurach - Erlangen - Nürnberg) angehen will.

Die Realisierung des Ost-Astes wird jedoch in weiteste Ferne rücken. Auch

dort ist eine bessere verkehrliche Anbindung in Richtung Erlangen dringend nötig. Die Hoffnungen der Anwohner auf Verkehrsentlastung ruhten auf der StUB. Diese Hoffnung ist nun gestorben.

Die Kappung des Ost-Astes konterkariert aber auch die Bemühungen der Stadt Erlangen, den seit Jahren zunehmenden Pendlerverkehr in den Griff zu bekommen. Während im innerstädtischen Bereich der Verkehr eher rückläufig ist, nimmt er aus dem Umland in die Stadt zu. Sichtbare Folge sind die ständigen Staus im Berufsverkehr. Um diesem Problem endlich Herr zu werden, braucht es attraktive Alternativen zum Auto. Die Mehrheit im Erlanger Stadtrat ist davon überzeugt, dass dies nur mit einem schienengetriebenen Verkehrsmittel machbar ist. Deshalb hat sich der Stadtrat auch im Vertrag mit der Firma Siemens dazu verpflichtet, den Bau eines solchen Verkehrsmittels voranzutreiben.

Es müssen dringend Lösungen her. Da schon zu viel Zeit verstrichen ist, müssen die Planungen für die StUB weiter gehen. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen von Herzogenaurach, mit einer L-Lösung die Verkehrsbeziehungen innerhalb der drei Städte des Großraums zu verbessern. ■



Statement von Felizitas Traub-Eichhorn, Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion und Gymnasiallehrerin aus dem Stadtwesten. Umweltfreundliche Verkehrslösungen und vor allem die StUB beschäftigten sie auch schon vor Beginn Ihrer Stadtratstätigkeit im Jahr 2002

SPD-Distrikte – eine Erfolgsgeschichte?

1. Warum Distrikte und der Weg dahin

Ein Dauerthema fast jeder Partei und auch der SPD in Erlangen war und ist die Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder in die konkrete innerparteiliche Arbeit und Diskussion. Innerhalb des Erlanger Parteivorstands gab es vor dem Beschluss zur Schaffung der Distrikte im Jahr 1968 stadtteilsbezogene Betreuer. Deren Aufgabe war es, sich um die Mitglieder vor Ort sowie kommunalpolitische Problemlagen und auch stadtteilbezogene Wahlkämpfe zu kümmern. Eine konkrete vollständige Aufgabenbeschreibung ist nicht bekannt.

Bis Ende der sechziger Jahre gab es noch einen regelmäßigen Kontakt zu allen Mitgliedern durch die individuelle Hauskassierung der Mitgliedsbeiträge durch „Unterkassierer“. Einerseits bestand dadurch für diese die Chance, eine politische Basis aufzubauen. Zum anderen hatte die Parteiführung die Chance, durch diese Kassierer zu erfahren wie die Stimmung an der Basis war, auch bei denen, die nicht in den Mitgliederversammlungen das Wort ergriffen. Durch die Umstellung auf den Bankeinzug der Beiträge entfiel dieser direkte Zugang zur Mitgliedschaft.

Nach der Wahl von Helmut Ritzer zum Vorsitzenden und Willi Gehr sowie Gerald Wanke zu stellvertretenden Vorsitzenden auf der Jahreshauptversammlung 1968 der Erlanger SPD ging der neue Vorstand das Thema „Rolle von Distrikten“ systematisch an. Auch die allmählich zunehmende Mitgliederzahl sprach dafür. Ende November 1968 wurde im Erlanger Kreisvorstand beschlossen, „die Bildung von Distrikten in Angriff zu nehmen“. Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. November 1968 heißt es: „Auf seiner Sitzung vom 28. November 1968 beschloss der Vorstand die Bildung von Distrikten in Angriff zu nehmen. (...) Vier Dinge erwartet vor allem der Vorstand von dieser Neugliederung des Kreisverbandes: Eine bessere Betreuung der Mitglieder (...), eine größere persönliche Verbundenheit der Mitglieder innerhalb der einzelnen Distrikte, eine bessere organisatorische Grundlage für unsere Öffentlichkeitsarbeit besonders für die Durchführung von Wahlkämpfen (und) größere Einflussmöglichkeiten der Mitglieder auf die politischen Sachentscheidungen der Partei, insbesondere auch in kommunalpolitischen Fragen.“ Im Rahmen der Be-

schlussfassung gab es einen konkreten Vorschlag für die räumliche (flächendeckende) Abgrenzung der angedachten 7 Distrikte. Wegen der Verabschiedung des „Parteiengesetzes“ durch den Deutschen Bundestag, in dem Mindeststandards für Satzungen von Parteigliederungen festgelegt wurden, war eine Überarbeitung der Satzung sowieso erforderlich. Im Februar 1969 beschloss die Kreismitgliederversammlung notwendige Veränderungen der Satzung. Gleichzeitig wurde im neuen Paragraphen 5 die Aufgabe der Distrikte definiert.

„I. Aufgabe der Distrikte ist es, durch eigene Veranstaltungen die Arbeit und die Ziele der sozialdemokratischen Partei zu fördern und neue Mitglieder zu werben. Ihnen obliegt die Betreuung der Mitglieder und die Kassierung der Beiträge.“

II. Die Distrikte sind in ihrem Bereich für die Durchführung der in den Wahlkämpfen erforderlichen Maßnahmen zuständig. Hierzu gehört auch die Auswahl der Wahlleiter für die Wahllokale im Distriktsbereich.“

Ziel der Bildung der Distrikte war es tendenziell nicht, bessere Voraussetzungen für ein aktives und lebendiges Parteileben zu schaffen. Die neuen Satzungsregeln bewegten sich in schon bisher ansatzweise vorhandenen Bahnen. Es ging dabei nicht darum, den Distrikten primär eine wesentlich Rolle im politischen Entscheidungsprozess zuzuweisen.

Es gab in Reaktion auf diese „kleine Lösung“ innerparteilich in den Jahren 1969/1970 eine intensive und kontroverse Diskussion darüber, die Distrikte politisch aufzuwerten und sie zu Ortsvereinen innerhalb der Stadt Erlangen zu machen.

Erlangen war einerseits im damaligen Schema als kreisfreie Stadt Teil des Unterbezirks analog zu den Landkreisen. Als Teil des Unterbezirks entsandte Erlangen dorthin Delegierte. Da es in Erlangen keine Untergliederungen gab, war die Erlanger SPD mit Kreismitgliederversammlung gleichzeitig Ortsverein.

Zentrales Problem in diesem Zusammenhang war: Die übergeordneten Satzungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene sahen jeweils nur eine Organisationsebene mit einer Vollversammlung vor, nämlich die Ortsvereine. Die Entscheidung „Distrikte bedeutet

■ Von Gerd Peters



Ortsverein“ hätte das Ende der Kreismitgliederversammlung bedeutet. Sie hätte durch eine Kreisdelegiertenversammlung ersetzt werden müssen, die von den Distrikten als Ortsverein entsprechend ihrer Größe besetzt würde.

Den Preis, die schon seit weit über 70 Jahren existierende Mitgliederversammlung zu begraben und die politische Basisfunktion in die Stadtteile zu verlagern, wollten viele Genossinnen und Genossen nicht zahlen. Helmut Aichele beschrieb das Problem ausgehend von einer Lektüre einer vorläufigen Version dieses Textes wie folgt zutreffend: „Wegen der Möglichkeit der direkten Beteiligung jedes Mitglieds an der politischen Willensbildung sollte man, solange man innerhalb einer einigermaßen homogenen und überschaubaren Einheit agiert, auf das Delegiertenprinzip verzichten, da dies immer eine Einschränkung direkter demokratischer Mitwirkung und Mitbestimmung für die Mitglieder bedeutet“. Dieses war die Kernfrage der Diskussion.

Erlangen war über lange Zeit eine ziemlich kleine Stadt und wuchs erst nach dem zweiten Weltkrieg zunehmend dynamisch. Über Veränderungen der Parteiorganisation wollte von den einheimischen langjährig in der Partei aktiven Mitgliedern kaum jemand nachdenken. Getragen wurde diese Reformdiskussion insbesondere von zugewanderten oder neu eingetretenen Genossen.

Für die Bildung der „Distrikte“ als Ebene unterhalb des Kreisverbandes unabhängig von den Kompetenzen sprach auch, dass sich durch die anstehende Gebietsreform und die damit verbundene Eingliederung einiger Gemeinden des Umlandes Handlungsbedarf abzeichnete. Eine reine „Eingemeindung“ der alten SPD-Ortsvereine in den Kreisverband ohne Erhalt der lange gewachsenen (dörflichen) Ortsvereinsstrukturen wurde als wenig klug angesehen. Es ging darum, Organisationsformen wie die Distrikte zu schaffen, die ein lokales Engagement und eine lokale Identität bewahren und fördern.

Es mag dabei – unausgesprochen – auch eine Rolle gespielt haben, dass

dann die Leitung und Steuerung der Partei aufwendiger und weniger gut berechenbar geworden wäre. Die Risiken für die Karriereplanung der „jungen dynamischen Nachwuchstalente“ wären größer geworden. Bei kontroversen Themen/Personalentscheidungen hätte man im Vorfeld von Entscheidungen auf Gesamtstadtebene einkalkulieren müssen, wie in den Distrikten entsprechende Sachverhalte beurteilt werden. Man hätte auch dort (zusätzliche) Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Die Kreismitgliederversammlung im Juli 1970 entschied sich mehrheitlich für die weitere Existenz der Kreismitgliederversammlung. Entsprechend musste der doppelte Status „Ortsverein ist gleichzeitig Kreisverband“ erhalten bleiben. So blieb für die Distrikte nur ein für an politischer Arbeit Interessierte unklarer und wenig attraktiver Status unterhalb der Ortsvereinsebene, so wie 1968 beschlossen. Daraus ergab sich, dass für weniger im Stadtteil Integrierte die Motivation, sich auf der Distriktsebene zu engagieren, gering blieb.

Die Distrikte entsenden je zwei Vertreter in den etwa 50 Köpfe starken Kreisvorstand (kurzzeitig im Gefolge einer innerparteilichen Effizienzdiskussion der Parteigremien auch nur ein Mitglied).

Die gefundene Lösung war im Lichte der übergeordneten Satzungen nicht eindeutig satzungsgerecht. Karl-Heinz Hiersemann, als aufsteigender Nachwuchspolitik und tüchtiger Jurist, schaffte es auf Bezirksebene die Bezirkssatzung etwas zu modifizieren, damit das Erlanger Modell toleriert werden konnte.

Die Satzungslage auf den übergeordneten Ebenen veränderte sich im Laufe der Zeit nachhaltig. Wegen der generell deutlich abnehmenden Mitgliederzahlen der SPD und der daraus resultierenden Probleme z.B. bei der hauptamtlichen Infrastruktur für eine möglichst flächendeckende Organisation der Partei wurden die Regelungen in den Satzungen der übergeordneten Parteigliederungen zunehmend flexibel. Neue Formen des Miteinanders durch unterschiedlichste Formen der Kooperation und Arbeitsteilung von Organisationseinheiten der Partei wurden möglich. Je nach Aufgabenverteilung können zwischen den kooperierenden Organisationseinheiten Anteile am Beitragsaufkommen verteilt werden.

Eher schleichend wirkte sich diese Flexibilisierung der Spielregelungen im übergeordneten Parteibereich auf die Distrikte aus. Die Distrikte werden im Außen-

verhältnis inzwischen uneingeschränkt wie Ortsvereine behandelt. Das sei exemplarisch am Beispiel der gegenwärtigen innerparteilichen Arbeitsteilung verdeutlicht. Die Distrikte müssen in Anwendung des Parteiengesetzes alljährlich Jahreshauptversammlungen durchführen, Vorstandswahlen sind in mindestens zweijährigen Abständen durchzuführen. Eine eigenständige Kassenführung erfolgt. Die Kassenberichte gehen nicht an den Kreisverband, sondern direkt an den Unterbezirk, der für die Prüfung und Weiterleitung an den Landesverband zuständig ist. Die Distrikte sind auch zuständig für die Ausstellung von Spendenbescheinigungen. Der wahrscheinlich erfolgreiche Test, eigenständig Anträge an überörtliche Parteitage zu stellen, steht noch aus.

Ortsverein ist man, wie Holger Reise, Landesgeschäftsführer der Bayern-SPD in einem Telefongespräch vor wenigen Jahren erklärte, wenn man Parteimitglieder in einer Region/einem Gebiet vorfindet, die regelmäßig einen Vorstand wählen und ihre Arbeit durch Anteile der Mitgliedsbeiträge finanziert werden.

2. Zur Arbeit der Distrikte

Ende 1970 existierten folgende Distrikte (auch die Vorsitzenden werden ausgewiesen): Nord (Willi Ermann), Anger (Gerd Junghänel), West (Willi Gehr), Mitte (Dieter Christ), Süd (Helmut Straub), Ost (Andreas Hahn) und Bruck (Rudolf Riefers). Mit der Gebietsreform 1972 wurden aus den vorherigen Ortsvereinen der ins Stadtgebiet eingegliederten Dörfer Dechsendorf, Frauenaaurach, Eltersdorf und Tennenlohe Distrikte des Kreisverbandes Erlangen. 1973 wurden die Distrikte Innenstadt und Nord wegen zu geringer Aktivität im Distrikt Nord zusammengelegt. Der Distrikt Bruck war nicht bereit, den damals schwächelnden Distrikt Anger bei sich einzugliedern.

Die Arbeit der Distrikte war durch sehr unterschiedliche Akzente geprägt. Diese entwickelten sich lokal. Nicht selten wechselten Phasen von Aktivität mit Phasen von Passivität. Aber auch die unterschiedliche Ausweisung von Baugebieten in den Stadtteilen war nicht unbedeutend. Die Mitgliederzahl im Stadtteil profitierte manchmal davon, was sich auf die Aktivitäten innerhalb eines Distrikts auswirkte.

Ende der sechziger Jahre gab es z. B. im Osten schwerpunktmäßig nur die Genossen aus der Buckenhofer Siedlung, Sieglitzhof war noch größtenteils im Bau. Der Distrikt West war nicht sehr

mitgliederstark, was sich durch die damals im Vergleich zu 2000 noch nicht bebauten Gebiete westlich des Kanals erklärt. Längere Zeit herausragend war der Distrikt Bruck in den ersten Jahren. Dort war gerade die „Brucker Höhe“ bebaut worden. Im Überschwang des Erfolgs war er nicht bereit, den schwächelnden Distrikt Anger unter seine Fittiche zu nehmen. Und am Ende lag Bruck im neuen Jahrtausend zunehmend darnieder und der Anger lebte noch immer. Bruck wurde zuletzt von Anger übernommen.

Bruck war Pionier mit seinen „Meckerabenden“, offenen Gesprächsterminen mit Bürgern im Stadtteil, zu denen teilweise deutlich mehr als 50 Interessierte kamen. Es wurde dabei teilweise sehr heftig und engagiert diskutiert. Zudem war Bruck der einzige Distrikt, der im November 1970 mit seiner Forderung, die DDR als Staat anzuerkennen, Eingang in die überregionalen Medien in West- und Ostdeutschland fand. Die Jusos folgten dieser Beschlusslage wenige Wochen später. Auf Kreisverbandsebene fand der Beschluss keine Mehrheit.

Die Distrikte West, Tennenlohe und Ost schafften es, über lange Jahre regelmäßig eine Stadtteilzeitung herauszugeben. Die Distrikte in den neu nach Erlangen eingemeindeten Dörfern funktionierten eher ein wenig besser als der Durchschnitt, weil sie sich auf historische Identitäten stützen konnten. Schief ging die Fusion von Tennenlohe und Eltersdorf bald nach der Eingemeindung. Es fehlte dafür die Akzeptanz der Mitglieder. Tennenlohe blieb erfolgreich, auch weil die Einwohnerzahl zügig zunahm. Der Distrikt Eltersdorf existiert immer noch, auch wenn die Mitgliederbasis klein blieb.

Am stabilsten bis heute (2014) waren die Distrikte West, Tennenlohe und Innenstadt. Die Arbeit des Distrikts Frauenaaurach fiel am deutlichsten durch stadtteilsbezogene Interessenwahrnehmung auf. Daraus resultierte, als höchste Stufe der Eskalation, der Austritt des Frauenaauracher Stadtrats Erwin Batz aus der SPD. Streitpunkt war der geplante Bau einer Umgehungsstraße Frauenaaurach, dem die Stadtratsfraktion der SPD nicht zustimmen wollte.

Im ersten Bericht des Kreisvorsitzenden Hiersemann zur Lage der Distrikte auf der Jahreshauptversammlung 1973 wird als Schwachpunkt der Distriktsarbeit das tendenzielle Fehlen einer allgemeinen politischen Diskussion konstatiert. Im Jahreshauptversammlungsbericht 1974 klingt der Bericht des Vorsitzenden

(Hiersemann) viel optimistischer, man kann sich aber fragen, ob dem die Idee zu Grunde lag, einen positiven Antrieb in Gang zu setzen. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Kreisvorsitzenden klingen nämlich die gleichzeitigen Einschätzungen des Distriktsreferenten Günter Kaspar in seinem Rechenschaftsbericht deutlich zurückhaltender. Insbesondere sieht er Mängel bei der Behandlung von Schwerpunktthemen, der Verteilung von Informationsmaterial im Distrikt sowie der Mitgliedererfassung (MS 1974-02, S. 10).

Im Bericht des neuen Kreisvorsitzenden (Günter Kaspar) zur Jahreshauptversammlung 1975 (MS 75-03, S. 8f.) klingt es wenig euphorisch:

„Im vergangenen Jahr sind wir mit dem Ausbau und der Stärkung der Distriktsorganisation nur einen kleinen Schritt vorwärts gekommen. Ein starkes strukturelles Gefälle zwischen den Distrikten in den neu eingemeindeten Stadtteilen und im alten Stadtgebiet besteht nach wie vor.

Die Situation in den Distrikten in den neu eingemeindeten Stadtteilen ist gekennzeichnet durch das Fehlen traditioneller Bindungen zum Kreisverband, starke lokale Interessen und unverminderte Vorbehalte gegen die durch die Eingemeindung geschaffenen Tatsachen, insbesondere den Verlust der Selbstständigkeit. (...)

Im Frühjahr des vergangenen Jahres wurde die Fusion der Distrikte Eltersdorf und Tennenlohe wieder rückgängig gemacht.“

Und als letzte exemplarische Bewertung: Bericht des Distriktsreferenten auf der Jahreshauptversammlung 1979 (MS 1979-02):

„Es gibt zwar keinen Distrikt, der sich in den letzten zwei Jahren völlig der politischen Arbeit enthalten hätte, aber es fehlt in einigen Distrikten dieser Arbeit an Kontinuität, in anderen an simplen organisatorischen Leistungen zu dieser Arbeit und es ist auch gelegentlich beides zusammen zu beobachten (...).“

Auch in den Jahren danach bis hin in die Neuzeit ändert sich am Tenor der Einschätzung der Distriktsarbeit nur wenig. Mal klingt das etwas optimistischer, mal auch pessimistischer.

3. Eine vielleicht zu kritische Bewertung

Offenkundig hat sich sehr bald ausgehend von der unklaren Rollenbeschreibung der Distrikte bei den Mitgliedern die Einschätzung fest gesetzt, dass die Distrikte als Gremien politischer Willensbildung im Kreisverband Erlangen kein besonderes Gewicht haben. Sie gelten teilweise nur als zuständig für das lokale Stadtteils-Kleinklein.

Festzustellen ist, dass die Distrikte kaum mit bundes- oder landespolitischen Anträgen auffielen. Stadtteilsinteressen hatten einen vergleichbar großen Anteil an ihren eher wenigen Ak-

tivitäten. Kommunale Themen wurden meist durch Stadträte aus dem Distrikt transportiert. Daneben werden Aktivitäten im Bereich Info-Stände, Verteilung von Materialien u. ä. mehr oder weniger gut erledigt. Ein Teil der Distriktsmitglieder geht nur zu den Veranstaltungen seines Distrikts, ein anderer Teil besucht nur Kreismitgliederversammlungen. Hierdurch verfestigte sich der Eindruck, dass nur selten Distriktsmitglieder als Gruppe Interessen ihres Distrikts oder gemeinsame politische Positionen in der Kreismitgliederversammlung vertreten.

Auch nachdem eine eindeutigere

Quo vadis, SPD?

■ Von Gerhard Carl

Eine Studie bescheinigt der SPD ein gravierendes Image-Problem, obwohl sie zentrale Anliegen durchgesetzt hat. Die Meinungsforscher raten der SPD, stärker auf familien- und arbeitsmarktpolitische Themen zu setzen und die Auseinandersetzung mit der CDU/CSU zu suchen. Seit der Regierungsarbeit in der großen Koalition gelingt es der SPD nicht, über ihre Kernklientel hinaus Wähler aus der Gruppe der Beschäftigten zwischen 25 und 45 Jahren zurückzugewinnen. Der Markenkern der SPD ist nach wie vor beschädigt. Die Gründe sind Hartz IV, keine erkennbare Zielgruppenpolitik, gefühltes Desinteresse der SPD an der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Bevölkerung, keine Antworten auf ihre Erwartungen an Leistungsgerechtigkeit. Die SPD grenzt sich zu wenig von der CDU/CSU ab, tritt zu wenig entschlossen für ihre Positionen ein und macht zu viele Kompromisse mit der CSU/CSU. Die SPD handelt zu sehr strategisch, zu wenig aus Überzeugung, hat wenig Raum für Profilierung in der großen Koalition.

In Meinungsumfragen stagniert die SPD bei Werten um 25 Prozent, obwohl sie sozialdemokratische Projekte wie den Mindestlohn, die Rente mit 63, die Mietpreisbremse, den Doppelpass und die Frauenquote durchgesetzt hat.

Die SPD muss wieder erkennbar werden, auch wenn dies bedeutet, dass sie – wo nötig – Konflikte mit den Unionsparteien eingehen muss. Die SPD müsse, so die Studie, zeigen, dass sie die Lebenswelten der 25 bis 45-Jährigen kenne und ihnen Zukunftsperspekti-

ven anbieten kann. Hier müsse die SPD langfristige Orientierung bieten und könne mit neuen Politikansätzen unter Beweis stellen, dass Politik Einfluss nehmen kann und wer die Adressaten ihrer Politik sind.

Ein Lichtblick: Familienministerin Manuela Schwesig legte sich mit Finanzminister Schäuble wegen steuerlicher Anreize für Alleinerziehende an. Auch beim Thema Einwanderungsgesetz versucht die SPD, sich zu profilieren.

Ein Buch nach dem anderen wird geschrieben über die Ungerechtigkeit der Weltordnung und wie man sie gerechter gestalten könnte. Die SPD, die aufgrund ihrer Geschichte wie keine andere Partei dazu berufen wäre, schreibt daran nicht mit. Aus der Verbindung des Sozialen mit dem Ökonomischen sollte ein Politikentwurf entstehen. Die TTIP-Debatte könnte eine Debatte sein, die dafür Gelegenheit bietet.

Die eigentliche Herausforderung wird für die SPD in den nächsten Jahren sein, welche Wähler man eigentlich ansprechen, welche Partei man sein will. Die SPD muss sich mit den Ursachen auseinandersetzen, warum sie 2013 zum zweiten Mal in Folge deutlich unter 30 Prozent gelandet ist. Beantwortet man diese Frage, so gibt man zumindest die grobe Richtung für den nächsten Bundestagswahlkampf vor.

■ Positionen/aus den Distrikten

Funktionszuweisung für die Distrikte durch den Wandel der SPD-Satzungslage bzw. die Praxis von deren Umsetzung auf Bundes- und Landes-/Bezirksebene möglich gewesen wäre, geschah dieses nicht. Von der Möglichkeit, entstandene Spielräume für eine satzungsgemäße Stärkung der Rolle der Distrikte zu verankern, wurde kein Gebrauch gemacht. Vielleicht hätte davon eine Signalfunktion ausgehen können, die dazu geführt hätte, diesen Schwachpunkt der Erlanger SPD zu verkleinern oder gar zu beseitigen.

Helmut Pfister hat in einer ausführ-

lichen Stellungnahme zu einer ersten Version dieses Beitrages dem Ansatz widersprochen, dass die Distrikte sich im Laufe der Zeit zu Ortsvereinen entwickelt haben, geschweige denn, dass Spielraum für eine Veränderung der Satzung des Kreisverbandes besteht, ohne dass die Kreisverbandsarbeit darunter leiden müsste. Dagegen gibt es drei zentrale Argumente: Zum einen ist bei der Betrachtung von Satzungsregeln deren übergeordneter Rahmen zu betrachten. Nicht die örtliche Satzung ist ausschlaggebend, wenn es einen übergeordneten Rahmen auf Bundes- und Landesebene

gibt. Deren Spielregeln haben grundsätzlich immer Vorfahrt vor lokalen Festlegungen. Die örtlichen Einheiten müssen grundsätzlich sich den im Bundesstaat Deutschland geltenden Spielregeln anpassen. Zum anderen passt das konkrete Verhalten der übergeordneten Institutionen, sozusagen deren Interpretation, zu den Überlegungen in diesem Text. Und schließlich: Das Ergebnis der bisherigen Erlanger Rollendefinition ist alles andere als befriedigend. Die Sichtweisen des Jahres 1968 wirken überholt. Parteiarbeit könnte effizienter sein.

■ Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:

Munib Agha

Telefon: 9731163

Mobil: 0160-3581886

munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Distrikt trifft sich wieder am

**Dienstag, 23. Juni,
18:30 Uhr, Angerwirt
(Guhmannstraße 10)**

Eingeladen haben wir unseren wohnungspolitischen Sprecher Philipp Dees, der uns über die anstehenden Bauprojekte – u.a. der Gewobau – berichtet, aber auch mit uns über die Entwicklung von Quartieren diskutieren wird.

Solidarische Grüße

Munib

■ Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:

Heike Fischer

Telefon: 09135-6269

h.fischer-dechso@gmail.de

Protokoll der Jahresversammlung vom 12. Mai

Nach der Begrüßung der Mitglieder durch die SPD-Distriktvorsitzende Heike Fischer wird der vorgeschlagenen Tagesordnung zugestimmt.

Heike berichtet über die Aktivitäten des Distrikts im Jahr 2014: Der Distrikt engagierte sich für die Oberbürgermeister- und Stadtratswahl in Erlangen am 16. März 2014, für die Oberbürgermeister-Stichwahl am 30. März 2014 sowie für die Europawahl am 25. Mai 2014. Die SPD in Dechsendorf konnte bei der Kommunal- und Europawahl ein gutes Wahlergebnis erzielen. Die Distriktversammlungen fanden jeden 2. Monat statt und wurden gut besucht. Die Mitgliederzahl ist stabil. Wichtiges Ziel für die nächsten Jahre ist, die Mitgliederzahl zu erhöhen und vor allem jüngere BürgerInnen für die SPD zu gewinnen, denn die Jugend ist die Zukunft. Gelingt dies nicht, so droht eine Überalterung ohne Zukunftsperspektive.

Die Kasse wurde von Karl-Heinz Gräber geprüft und für Ordnung befunden.

Entlastung des Vorstandes

Auf Antrag von Ursula Lanig wird der Vorstand einstimmig entlastet.

Wahl des Vorstandes

Für die Neuwahl des Vorstandes wird Karl-Heinz Gräber einstimmig als Wahlvorstand bestimmt. Wahlergebnisse:

- Vorsitzende: Heike Fischer wird zur Vorsitzenden bei einer Enthaltung gewählt.
- Stellv. Vorsitzender: Gerhard Carl wird zum stellvertretenden Vorsitzenden einstimmig gewählt.
- Kassiererin: Renate Paxton wird zur Kassiererin bei einer Enthaltung gewählt.
- Schriftführung: Gerhard Carl wird zum Schriftführer einstimmig gewählt.
- Vertreter im Kreisvorstand: Ursula Lanig und Brigitte Wohlleben werden bei jeweils einer Enthaltung als Vertreter im Kreisvorstand gewählt.

- Revisoren: Sabine Reil und Karl-Heinz Gräber werden als Revisoren einstimmig gewählt.

Aktuelle Themen aus dem Ortsbeirat:

Norbert Fischer erläutert, dass in der letzten Ortsbeiratssitzung am 17. März über die Verlängerung der Rechtsabbiegespur in Richtung Ortszentrum nochmals diskutiert wurde. Der Ortsbeirat forderte einstimmig, dass die Abbiegespur verlängert werden soll. Das soll auch den aus Kosbach kommenden Autofahrern helfen, um sich besser in Richtung Dechsendorfer Ortszentrum einfädeln zu können. Ursula Lanig sieht bei der Umsetzung des Beschlusses eine Realisierungschance.

Geh- und Radweg Dechsendorf-Röttenbach: Im Jahr 2010 wurde die erste Hälfte des Geh- und Radwegs Dechsendorf-Röttenbach zwischen Röhrach und Röttenbach westlich der Staatsstraße 2259 fertig gestellt. Für eine Anbindung des regionalen Erlanger Netzes an das überörtliche Radwegenetz ist auf Erlanger Stadtgebiet diese Wegführung zu ergänzen, um die Lücke zu den nördlich angrenzenden Ortschaften zu schließen. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung mit ca. 9.000 Kfz/24h und der hohen Geschwindigkeiten auf der St 2259 wird die Notwendigkeit eines Neubaus einer direkten asphaltierten Fußgänger- und Radfahrerverbindung von Dechsendorf nach Röttenbach entlang der Staatsstraße gesehen. Dazu hat der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss den Bauungsplan D 463 beschlossen. Ursula Lanig erklärt ergänzend hierzu, dass zeitaktuell noch Probleme wegen Altlasten und Grunderwerb zu klären sind.

Bürgerinitiative „Verkehrsberuhigter Bereich Waldseestraße“: Der Antrag der Bürgerinitiative und das Ergebnis der Verwaltungsprüfung wurden dem Ortsbeirat zur Behandlung vorgelegt. Um ein Meinungsbild der Betroffenen einzuholen, wurden die Anwohner der betreffenden Straßen per Fragebogen um ihre Einschätzung zur Umwandlung gebeten. Von den insgesamt 82 abgegebenen Stimmen sprachen sich 56 Anwohner gegen und 26 Anwohner für eine Umwandlung der Tempo-30-Zone in einen verkehrsberuhigten Bereich aus. Die Umwandlung der Waldseestraße in einen verkehrsberuhigten Bereich wird daher nicht weiter verfolgt.

Stand der Bautätigkeit am Dechsendorfer Weiher: Die Baustelle am Dechsendorfer Weiher zur Umleitung des Röttenbachs wird spätestens Ende Mai

2015 abgeschlossen sein. Danach geht es für die Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz und Energiefragen an die Feinarbeit. Die gesamte Baumaßnahme muss wieder begrünt werden – immerhin rund 20.000 Quadratmeter. Ende Juli 2015 sollen am „Dechsi“ wieder die Veranstaltungen für „Klassik und Jazz am See“ stattfinden. Über die gesamte Baumaßnahme informieren zwei Infotafeln in der neuen und der alten Badezone.

Norbert Fischer wird in der nächsten Ortsbeiratssitzung zu folgenden Themen einen Antrag stellen:

1. Energieberatungs-Sprechstunden in Dechsendorf (Freizeitzentrum)
2. Dezentrale Energieversorgung: Stand des Ausbaus bzw. Verlängerung der Erdgasleitung in Dechsendorf.

Aktuelle Themen aus dem Stadtrat

Verbesserung der Taktzeiten im Rahmen des ÖPNV: Von Ursula Lanig wurde am 4. April 2015 ein diesbezüglicher Antrag an die SPD-Stadtratsfraktion gestellt. Dieser Antrag wurde von der SPD-Stadtratsfraktion inzwischen in den Stadtrat eingebracht. Inhalt dieses Antrags: Es soll geprüft werden, wie durch die Konzeption der Taktung des neu gestalteten Verkehrsentwicklungsplan zusätzliche Fahrten die langen Taktpausen (Linie 283) verkürzen könnten. Eine der benötigten zusätzlichen Fahrten sollte als „Einkaufslinie“ geplant werden. Ursula Lanig informiert, dass eine Verbesserung der Taktzeiten der Linie 283 in diesem Jahr nicht mehr realisiert werden kann.

Arbeitsprogramm Amt 66 (Tiefbauamt) für den Stadtteil Dechsendorf: Das Arbeitsprogramm 2015 wurde im BWA am 18. November 2014 beschlossen. Für den Stadtteil Dechsendorf sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Fahrbahninstandsetzung Heusteg (ca. 30.000 Euro) und Parkplatzinstandsetzung mit Markierung Naturbadstraße (ca. 6.000 Euro).

Verschiedenes

Am 18. August findet in der Scheune von Renate Paxton (Röttenbacher Straße 7) das diesjährige Sommerfest des SPD-Distrikts statt. Alle Mitglieder werden hierzu gesondert eingeladen.

Im Herbst wird von der SPD eine Stadtteilbegehung mit Mandatsträgern organisiert, um mit interessierten BürgerInnen über aktuelle kommunalpolitische Themen im Rahmen eines Bürgerdialogs zu diskutieren.

Gerhard Carl

■ **aus den Distrikten**

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 17. Juni,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Frauenaarach**

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-
online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns wieder am

**Dienstag, 16. Juni, 19 Uhr,
Gasthaus Geyer, Neuses**

**Dienstag, 14. Juli, 19 Uhr,
Gasthaus Zur Linde,
Kriegenbrunn**

Herzliche Grüße
Jens Schäfer

und am

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Sven Nottebohm
Telefon: 0176-62914026
Sven.Nottebohm@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

**Distriktsversammlung
am Dienstag, 9. Juni,
19:30 Uhr, Waldschänke,
Lange Zeile 104**

2. Neues aus dem Stadtrat
3. Bericht über Neuplanung des Berufsschulgeländes
4. Organisatorisches:
 - Themenplanung für das zweite Halbjahr
 - Verteilung Monatsspiegel
5. Sonstiges

Herzliche Grüße
Sandra Radue
für den Vorstand

Tagesordnung:

1. Aktuelles

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

**Mitgliederversammlung
am Mittwoch, 10. Juni,
20 Uhr, Bürgertreff,
Berliner Platz 1**

Die Tagesordnung wird zu Beginn der
Sitzung festgelegt. Thema wird u.a. die
Nachverdichtung in der Housing Area
sein.

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches
Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Dienstag, 9. Juni,
20 Uhr, Schlossgaststätte**

- Letzte Absprachen
- 4) Organisation unseres mehrtägigen Augustausflugs nach Weißenburg-Gunzenhausen (Gert)
 - 5) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen

- Distriktversammlung am 14. Juli
- Ausflug vom 7. bis 9. August

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Berichte
- 3) Organisation des Festwochenendes:

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Liebe Genossinnen und Genossen, im Mittelpunkt unserer Aktivitäten im Juni stehen zwei öffentliche Gesprächsrunden über die bisherige Arbeit der rot-grün-gelben Koalition gut ein Jahr nach der Kommunalwahl 2014. Es geht einerseits darum, über die Arbeit der Koalition zu berichten und andererseits darum, Anliegen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Zusammenhang kennenzulernen. Damit wollen wir auch deutlich machen, dass das Gespräch für unsere politische Arbeit nicht nur im Wahlkampf von großer Bedeutung ist.

1. Am **Donnerstag, 11. Juni, 19:30 Uhr** soll dieses Gespräch im Bereich Büchenbach stattfinden. Da der Saal

der Gaststätte „Zur Einkehr“ saniert wird, treffen wir uns voraussichtlich in der „Scheune“ in der Odenwaldallee.

2. Am **Mittwoch, 17. Juni, 19:30 Uhr** findet das Gespräch für den Bereich Alterlangen im Gasthaus Krapp mitten in Alterlangen statt.

Für diese beiden Veranstaltungen wird in den Stadtteilen durch Plakate geworben. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Eure Ideen und Bewertungen der bisherigen politischen Arbeit der neuen Rathauskoalition mit in das Gespräch einbringen würdet.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 6. Mai

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht

Es erfolgt ein Rückblick auf die Aktivitäten der AsF im vergangenen Jahr, u.a. Abendveranstaltungen zu verschiedenen Themen.

2. Entlastung des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

3. Neuwahl des Vorstands

- a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder: 8 (einstimmig)
- b) Wahl des Vorstands: Abgegeben: 5 Stimmzettel, alle gültig. Gewählt einstimmig mit jeweils 5 Stimmen:
 - Johanna Behringer
 - Birgit Brod
 - Saskia Coerlin
 - Gunda Gerstenmeyer
 - Hildegard Gröger
 - Kathrin Hurlle
 - Julie Mildnerberger
 - Barbara Pfister

4. Personalvorschläge

- a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmbe-rechtigt): Johanna Behringer, Gunda Gerstenmeyer (einstimmig)
- b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmbe-rechtigt): Hildegard Gröger (einstim-mig)

5. Weitere Aufgabenverteilung

Frauengruppentreffen: Gunda Gerstenmeyer

6. Arbeitsplanung

Im laufenden Jahr ist für November in zeitlicher Nähe zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (25. November) ein Aktionstag zusammen mit der Landkreis-AsF geplant, bei dem verschiedene Themen in Impulsreferaten und Workshops behandelt werden sollen. Themenvorschläge sind:

- Lohngerechtigkeit
- Frauen in der Pflege
- Situation von Alleinerziehenden: Mütter nach Trennung und Scheidung
- Gewalt gegen Frauen (mit internationalem Bezug)
- Forderung nach einem Mädchenhaus
- Feminismus im Internet

Mitglieder des AsF-Vorstands sind gemeinsam mit der AsF des Landkreises Erlangen-Höchstadt bereits in die Planungen für diesen Aktionstag eingetreten.

7. Termine

Nächste Vorstandssitzung: Mittwoch, 10. Juni, 18:30 Uhr (Ort wird noch bekannt gegeben)

Für den AsF-Vorstand
Johanna Behringer

■ AsF

Sprecherinnen:

- Johanna Behringer
Telefon: 816696
johanna.behringer@t-online.de
- Birgit Brod
biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
gunda.gerstenmeyer@web.de
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Katrin Hurlle
katrin9290@googlemail.com
- Julie Mildnerberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Tennenloher Ortsjubiläum 2015

Liebe Genossinnen und Genossen!

Als Ortsbeiratsvorsitzender von Tennenlohe und Vorsitzender des neu gegründeten Vereins „750 Jahre Tennenlohe e.V.“ darf ich euch herzlich einladen, an unserem Festwochenende ausgiebig teilzunehmen. Wir haben ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, so dass für jede/n etwas dabei sein müsste: Historisches, unterschiedliche musikalische Darbietungen, Kunstereignisse, viele Aktionen für Kinder und Jugendliche (für euren Nachwuchs), internationaler Flair mit dem guatemaltekischen Künstler Pepo Toledo und dem guatemaltekischen Botschafter. Der Festzug am Sonntag wird Tennenlohe repräsentieren und insofern eine Besonderheit aufweisen, als eine Reihe von ortsansässigen Firmen teilnehmen werden.

Zum Festakt am Freitag darf ich euch alle einladen (Festzelt an der Sebastianstraße). Es wäre schön, wenn ihr möglichst zahlreich kommen könntet und im ehemals rabenschwarzen Tennenlohe für viele rote Tupfer sorgt.

Einladen darf ich euch auch zur Eröffnung der Ausstellung über Instrumentenbau in Tennenlohe und zur Ansiedlung der Schönbacher und Graslitzer Instrumentenbauer nach 1945 am 6. Juni.

In der Hoffnung, viele von euch sehen und begrüßen zu dürfen
Rolf Schowalter

Bitte vormerken: 4. Juli: Tag der offenen Tür (TAFF): Tennenloher Firmen öffnen ihre Tore. Dazu wird ein besonderer Flyer aufgelegt.

Festakt

Freitag, 19. Juni, Festzelt Sebastianstraße

- Einlass: 18 Uhr
- Anböllern (Schützengemeinschaft)
- 18:50 Uhr: Posaunenchor
- Eröffnungsrede und Begrüßung: Rüdiger Steuerlein
- Posaunenchor
- Grußwort des Ortsbeiratsvorsitzenden Rolf Schowalter
- Posaunenchor
- Grußwort des Alt-Bürgermeisters Adolf Most

- Posaunenchor
- Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Erlangen Dr. Florian Janik
- Vokalensemble „Die Hugos“
- Grußwort des Staatsministers des Inneren Joachim Herrmann
- Männergesangverein „Eintracht“ Tennenlohe
- „Tennenlohe 1265 – 1972. Geschichte und Geschichten.“ Neues Buch zum Jubiläum von Adolf Most und Dietrich Puschmann (Hg. vom Heimat- und Geschichtsverein, AK Tennenlohe)
- Vokalensemble „Die Hugos“
- Festrede: Dr. Andreas Jakob
- Vokalensemble „Die Hugos“
- Abschluss und Überleitung: Rüdiger Steuerlein
- Anschließend musikalische Unterhaltung mit der Kapelle Hermann Dorn (bis 23 Uhr)
- Durch den Abend führt als Moderator Rüdiger Steuerlein

Festwochenende

Samstag, 20. Juni

- 12 bis 16 Uhr, Rotes Roß: Schützengemeinschaft: Bürger-Königsschießen
- 13 bis 15 Uhr, Festzelt: GruBlue
- 14 Uhr, Festwiese: Auftritt der Samba-Gruppe der Grundschule
- Ab 14 Uhr Aktionen auf der Wiese: Spielestationen der Grundschule, des CVJM und der Kindergärten; Stadtjugendring: Zukunftsreise „2020 in Tennenlohe“; Rundgangquiz für Kinder/Jugendliche (Hist.Gebäude); Monkeyclimbing (mit Gemeinde am Wetterkreuz); S. Beer: Maschinen; O. Pickl: Raufsportgeräte; Präsentation der Vereine

- 15 Uhr, Feuerwehr: Einweihung des Feuerwehrgerätehauses (Umbau) und des Löschfahrzeugs
- 15:30 Uhr, Kunstwiese: Enthüllung des Kunstwerks von Holger Lassen am Weiher: Knabe mit Hecht; anschließend Führung durch den Skulpturenpark
- 16 Uhr, ev. Kirche St. Maria Magdalena: Kirchenführung (H. Emde)
- 16 bis 19 Uhr, Festzelt: Big Rock
- 17 Uhr, Ecke Gässla/Schlossgasse: Enthüllung von zwei neuen Haustafeln
- 20 Uhr Inthronisation der Bürgerkönige/-königinnen
- 20 Uhr: Fetziges Musik mit der Kapelle Ziach'ó
- 22 Uhr: Sonnwendfeuer auf der Wiese hinter dem Zelt (FFW)

Sonntag, 21. Juni

- 9:30 Uhr, Festzelt: Ökumenischer Gottesdienst, anschließend Fröhlichschoppen mit der Stadtkapelle Teuschnitz
- Auf der Wendler-Wiese: Ausstellung von Landwirtschaftsmaschinen
- ab 13 Uhr: Aufstellung des Festzugs am Hutgraben
- 14 Uhr: Festzug durch das Dorf nach Plan mit Möhrendorfer Jugendkapelle, Spielmannszug der SpVgg Erlangen, Stadtkapelle Teuschnitz
- ca. 15:30 Uhr: Ankunft auf der Festwiese, Zeltbetrieb mit der Stadtkapelle Teuschnitz
- 18 Uhr: Enthüllung des Kunstwerks „Angel of peace“ (von Pepo Toledo, Künstler aus Guatemala)
- ab 19 Uhr, Festzelt: Musik mit „The JEFs“
- 22:15 Uhr: Auftritt eines Feuerkünstlers

„Ansiedlung von Instrumentenbauern und Instrumentenbau in Tennenlohe“



Eröffnung der Ausstellung
am 06. Juni 2015, 15.00 Uhr
Walderlebniszentrum Weinstraße 100

Vortrag von **Dr. Christian Hoyer**,
Museumskurator
Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen
Musikalische Darbietungen
an Tennenloher Instrumenten

